

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **35 (1955-1956)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bulgarien zwischen Moskaus «neuen» Kursen

Das Wesen des Kommunismus läßt bekanntlich im Prinzip keine Abänderung seiner grundlegenden Gesetze, Methoden und Ziele zu. Daher waren die letzten groß aufgemachten Verkündungen des «neuen Kurses» in Moskau nichts anderes als eine rein äußerliche Veränderung der bolschewistischen Taktik, seiner zeitbedingten Aufgaben, seiner buntschillernden Propagandakulissen. Stalins Tod vor zwei Jahren war ein willkommener Anlaß, den neuen Kurs der sog. «weichen Linie» zu nehmen, was aber nur einen Versuch darstellte, das Vertrauen und den Glauben der unterdrückten Völker und der freien Welt zu gewinnen. Als dieses Spiel keinen Erfolg hatte, d. h. als der Widerstand der Unterdrückten nicht nachließ, die freie Welt sich zur Abwehr gegen den Kommunismus vorbereitete und Bonn die Ratifizierung der Pariser Verträge auf die Tagesordnung setzte, ließ Moskau blitzschnell den zweiten «neuen Kurs» los, den der sog. «harten Linie», proklamiert durch den Mund des Marschalls Bulganin.

Während der erste «neue Kurs» Moskaus nach dem Tode Stalins im Jahre 1953 in allen Satellitenstaaten eine rasche innere Umwälzung zur Folge hatte, ging man in Bulgarien vorsichtig und behutsam an die veränderte Lage heran. Die kommunistischen Machthaber in Sofia berücksichtigten nach ihrer neunjährigen Regierungstätigkeit die Tatsache besonders stark, daß sie ohne den Schutz bolschewistischer Bajonette regieren müssen, sich also nicht erlauben dürfen, im Hinblick auf den gleichbleibenden Widerstand in der bulgarischen Bevölkerung, in besonderem Maße bei den Bauern, etwa zu «weich» zu werden. Deshalb verkündete

der rote Diktator Tschewenkoff

in Sofia erst sechs Monate nach der Einführung des ersten «neuen Kurses» in Rußland, nämlich am 9. 9. 1953, anläßlich des 9. Jahrestages der kommunistischen Machtübernahme in Bulgarien, die stärkere Betonung der kollektiven Führung und die Beseitigung des Persönlichkeitskultes, die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit dem Westen, einschließlich der Regelung strittiger und ungelöster Fragen mit der Türkei, Griechenland und Jugoslawien. Ferner verkündete Tschewenkoff die Niederschlagung von Steuerschulden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen), die Senkung der Preise für Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter, die Erhöhung der Renten und Pensionen, eine Amnestie für Offiziere und Politiker aus der Zeit vor dem Umsturz im September 1944, sowie eine Verlängerung der Frist zur Rückkehr bulgarischer Emigranten in ihre Heimat.

Auf dem gleichen «neuen Kurs der weichen Linie» bewegte sich die Rehabilitierung der in Ungnade gefallenen Kommunisten, wie z. B. im Zivilsektor diejenige des früheren Innenministers Anton Jugoff sowie des Post- und Eisenbahnministers Zola Dragoitschewa — und im Militärssektor: der Generäle Slawtscho Trnski, Iwan Kinoff, Bojan Balgaranoff u. a. m.

Zur gleichen Zeit wurde das Verhältnis der bulgarischen Armee zur bulgarischen kommunistischen Partei (BKP) geregelt. U. a. wurde hierbei der stell-

vertretende Ministerpräsident und frühere General der Sowjetarmee, Iwan Michailoff, zum ordentlichen Mitglied des Zentralkomitees und Politbüros der BKP, und der Verteidigungsminister, P. Pantschewski, zum Mitglied des Zentralkomitees und Anwärter beim Politbüro ernannt.

Der wichtigste Schritt, den die bulgarischen Kommunisten unternahmen, waren die Konzessionen an die Bauern auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiet, um sie für sich zu gewinnen und so deren inneren Widerstand zu brechen.

Wie bekannt ist, befindet sich in der jetzigen bulgarischen kommunistischen Regierung (zu der sog. Koalitionsregierung «Otetschestwen Front» = Vaterlandsfront gehören 1 Sozialdemokrat und 1 Angehöriger der «Sweno»-Gruppe des ehemaligen Ministerpräsidenten Kimon Georgieff) auch eine winzige Splittergruppe von kommunistischen Agrariern mit Georgi Traikoff an der Spitze, während die bekannten früheren führenden Agrarpolitiker wie Dimitar Gitscheff, Nedelko Atanasoff, Vergil Dimoff, Assen Pawloff u. a. jahrelang in Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten wurden. Auf ein gegebenes Signal hin wurden in letzter Zeit mehrere dieser gefangen gesetzten führenden Agrarier freigelassen, und zwar, soweit bis jetzt bekannt wurde, der frühere Landwirtschaftsminister Assen Pawloff, der mehrmalige frühere agrarische Minister und Abgeordnete Vergil Dimoff, der frühere agrarische Abgeordnete Zwetan Maximoff, der Hauptorganisator der Bulgarischen Bauernunion, Peter Sarbinski, die Sekretärin des agrarischen Frauenverbandes, Raina Lopardowa, und viele andere Angehörige des Hohen Rates der Bauernunion und ehemalige Abgeordnete der agrarischen Oppositionsgruppe des im Jahre 1947 hingerichteten Bauernführers, Nikola Petkoff. Alle diese in die «Freiheit» entlassenen Politiker mußten in der gesamten bulgarischen kommunistischen Presse gleichlautende Aufrufe an die Bauern veröffentlichen und sich zur kommunistischen Koalitionsregierung bekennen. Außerdem mußten sie in öffentlichen, von den Kommunisten veranstalteten Kundgebungen ihre früheren «Fehler» eingestehen und ihr jetziges Einvernehmen mit der bulgarischen Regierung beteuern. Ist nicht hieraus klar ersichtlich, wie schlecht es um den Einfluß der kommunistischen Machthaber in Sofia auf die Bauernmassen in Bulgarien bestellt sein muß, wenn sie zu solch fragwürdigen Mitteln greifen müssen?

Auf eben dieser Linie plumper Lockungen bewegt sich auch die Propaganda mit dem im Jahre 1923 ermordeten Agrarierführer und Ministerpräsidenten Alexander Stamboliski. Während die Kommunisten zu Beginn ihrer Machtentfaltung nach dem 9. 9. 44 den toten Stamboliski beschuldigten, nicht mit den Kommunisten zusammengearbeitet zu haben, inszenierten sie jetzt in Sofia 20 Jahre nach seiner Ermordung einen Schauprozeß gegen seine ehemaligen Mörder, an der Spitze den ehemaligen Innenminister, General Walkoff. Jetzt wird Stamboliskis Bild auf Plakaten bei Paraden, Umzügen und sonstigen Kundgebungen neben den Bildern Lenins, Stalins, Georgi Dimitroffs getragen. Ein riesiger Parteipalast inmitten der Hauptstadt Sofia, in dem sich auch die Nationaloper befindet, ist nach seinem Namen benannt. Viele Straßen und Plätze tragen ebenfalls seinen Namen. So muß also heute der tote Stamboliski, der zu seinen Lebzeiten niemals etwas mit den Kommunisten gemeinsam hatte, dazu herhalten, deren Einfluß auf die Bauernmassen in Bulgarien stärken zu helfen, was sie bei der gesamten schlechten Wirtschaftslage des Landes besonders nötig haben.

Trotz aller kommunistischen Anstrengungen und Experimente hat sich

die Wirtschaftslage Bulgariens,

besonders die Lage der Bauern und Arbeiter, nicht gebessert. In Bulgarien werden seit dem Jahre 1948 alle Angaben über die wirtschaftliche Lage des Landes (statistisches Material) als Staatsgeheimnis betrachtet. Die verschiedenen offiziellen

Veröffentlichungen enthalten nur Prozentzahlen. Das Bulletin der Generaldirektion für Statistik veröffentlichte seit Februar 1948 fast nichts über die Wirtschaftslage der arbeitenden Massen, der Bauern und Arbeiter. Die wenigen bekannt gewordenen Angaben, über die wir hier verfügen, entstammen Propagandareden, Presseartikeln und Reportagen und im Rundfunk durchgesagten Meldungen.

Der grundlegende Fehler der kommunistischen Machthaber war, aus dem kleinbäuerlichen Bulgarien einen groß industrialisierten Staat machen zu wollen. Jahrelang bemühten sich die Kommunisten, unter rücksichtslosem Einsatz von Massenarbeitskräften und unter Vergeudung ungeheurer Kapitalien, Großanlagen wie Staubecken, riesige Elektrozentralen, große Maschinenwerke, kurzum die Schwerindustrie zu forcieren, und zwar streng nach den Vorschriften des ersten Fünfjahresplanes (1949—1953). Zu guter Letzt sah sich der rote Machthaber Tscherwenkoff zu folgender Erklärung am 3. 12. 53 vor der 3. Konferenz der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften genötigt: «Wir sind ein kleines Land, unsere Zukunft liegt in der Bodenbearbeitung.» Am 9. 9. 54 sagte er am 9. Jahrestage der kommunistischen Machtübernahme: «Wir müssen das Tempo der Entwicklung unserer Schwerindustrie vermindern, um die Möglichkeit einer größeren Produktion von Gebrauchsgütern zu gewinnen. Wir sind der drückenden Sorge enthoben, die Schwerindustrie in unserem Lande zu entwickeln.» Kurz nach dieser Erklärung Tscherwenkoffs beschloß das Zentralkomitee der Partei, die Kapitalinvestitionen in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie im Wohnungsbau und vor allem in der Landwirtschaft bedeutend zu erhöhen, um «die Versorgung der Werktätigen mit Waren, in erster Linie mit Fleisch, Fett, Zucker, Milch, Kleidung, Möbeln und Hausrat in den nächsten Jahren zu sichern».

Eine solche scheinbare Umschaltung in die sog. «weiche Linie» konnte sich Bulgarien nach den Worten Tscherwenkoffs «dank der erfolgreichen Erfüllung des Fünfjahresplanes bereits in vier Jahren leisten». Bulgarien hat also keine krasse Schwenkung wie z. B. Ungarn und die Tschechoslowakei machen müssen, wo man das Tempo bei der Schwerindustrie gleich nach dem Tode Stalins offiziell aufgegeben hatte.

Interessant ist, wie der erste «weiche Kurs» auf dem VI. Kongreß der BKP vom 25.—27. Februar 1954 dargestellt wurde, der über die Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes und über die Richtlinien des zweiten Vierjahresplanes sowie über die Änderungen der Parteisatzungen berichten mußte. Die allgemeine Feststellung war, daß einzelne Sektoren des wirtschaftlichen und politischen Lebens weit hinter der Gesamtentwicklung des Landes geblieben sind. Wichtig ist ferner die Feststellung des Kongresses, daß von 495 000 Mitgliedern der BKP im Jahre 1948 zur Zeit des VI. Kongresses nur 368 000 Mitglieder und 87 000 Anwärter gezählt wurden. Noch interessanter ist, daß die bäuerlichen Mitglieder von 207 000 (bei einer Gesamtzahl von 5 1/2 Millionen bäuerlicher Einwohner) im Jahre 1948 auf 180 000 Mitglieder im Jahre 1954 zusammenschrumpften, was einen Abgang von 27 000 Bauern bedeutet, d. h. einen Prestigeverlust der BKP bei den bulgarischen Bauern.

Den größten Haß der Bauern zogen sich die Kommunisten mit der Kollektivierung des Bodens und mit der Errichtung von sog. landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) zu. Es ist Tatsache, daß es in Bulgarien landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften schon vor der kommunistischen Herrschaft gab. Im Jahre 1944 bestanden z. B. im ganzen Lande 28 solcher Genossenschaften. Diese waren aber auf freiwilliger Basis errichtet und dienten hauptsächlich zur gemeinsamen Anschaffung und Ausnützung großen landwirtschaftlichen Maschineninventars. Die Kommunisten nutzten diese sehr nützliche und beliebte Institution aus, veränderten aber grundlegend deren Struktur, indem sie durch verschiedene Zwangsmaßnahmen die Bauern zum Beitritt zu verpflichteten suchten, was allgemeinen Unwillen und Mißbehagen erregte. In der Periode 1944—1947

war der Druck verhältnismäßig schwach, wurde aber plötzlich von 1948—1950 verschärft, so daß die Zahl der Kolchosen von 549 auf 2557 in diesem genannten Zeitraum hochschnellte und die kollektivierte Bodenfläche von 3,7% auf 43% der Gesamtbodenfläche des Landes stieg. Nach dem Jahre 1950 wurde der Druck nicht auf die Zahl, sondern auf das Ausmaß der Kolchosen ausgeübt, so daß deren Zahl von 2557 auf 2747 im Jahre 1953 anstieg, die Bodenfläche dagegen von 43% auf 60,5%. Mit diesem Prozentsatz von 60,5% steht Bulgarien an erster Stelle unter den Satellitenstaaten.

Das Problem der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

ist und wird der wichtigste Faktor in der bulgarischen Wirtschaftspolitik sein. Die Tagespresse, Wochenkonferenzen, öffentliche Versammlungen beschäftigen sich ständig und eingehend mit diesen Fragen: wie man die Kolchosen als Anziehungspunkt für die noch freien Bauern ausgestalten könnte. Die Kolchosen sind die größte Sorge für die Kreis- und Bezirksräte der BKP. Die Partei erläßt ständige Aufrufe an ihre Mitglieder, aktiven Anteil an den Arbeiten der Kolchosen zu nehmen. In einer Verordnung des Zentralkomitees der BKP über die Erhöhung der Produktionskraft der Landwirtschaft vom 31. Januar 1955 heißt es u. a.: «In den Orten, wo sich Kolchosen befinden, darf niemand Mitglied der Partei sein, der nicht Mitglied der Kolchose ist.» Was bedeutet das? Zeigt das nicht, daß das Hauptziel der BKP dahingeht, aus den Kolchosen parteiliche Hilfsorganisationen zu machen? Daß dem wirklich so ist, beweisen die alljährlichen Konferenzen der Kolchosen, die die Regierung zu Anfang jedes Jahres in Sofia veranstaltet. So waren von 854 Delegierten von den Kolchosen aus dem ganzen Lande auf der IV. Kolchosenkonferenz in Sofia am 7. Februar ds. J. 246 Vorsitzende der Kolchosen, d. h. linientreue Kommunisten, 60 Helden der sozialistischen Arbeit und 82 Träger hoher Arbeitsauszeichnungen. Aus dieser Konferenz (Kongreß) erhält man ein umfangreiches Material nicht nur über den Charakter, die Ziele und Errungenschaften der bulgarischen Kolchose, sondern auch ein Bild der allgemeinen Wirtschaftslage im Lande.

Die Konferenz wurde von dem Sekretär des Zentralkomitees der BKP, *Todor Jiwkoff*, in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder des Zentralkomitees der BKP und des Politbüros, eröffnet. Der Ministerpräsident *Tscherwenkoff* erstattete persönlich den ausführlichen Bericht über die Tätigkeit und die Errungenschaften der Kolchosen für das abgelaufene Jahr 1954. Seine wichtigsten Äußerungen waren, daß die Kolchosenbauern von Getreidelieferungen aus ihnen eigens zu persönlichem Gebrauch belassenen Boden (bis zu 5 Dekar) befreit sind, die Milchlieferungen nicht mehr von der Anzahl der Kühe, sondern von dem effektiven Milchertrag abhängig gemacht werden, die Fleischablieferungen von dem Ausmaß der angebauten Ackerfläche abhängig sind und der Staat die Ankaufspreise für Fleisch und Milch an die Kolchosebauern erhöht. Ferner erklärte er, daß die Normen für die Staatslieferungen an Fleisch, Milch und Getreide für die Grenzgebiete mit 30% verringert werden, die Grenzbewohner von der Heuabgabe vollends befreit werden, die Weintraubenabgabe der Kolchosen nicht mehr als 70% des Reinertrages betragen soll, die staatlichen Ankaufspreise für Tabak und Baumwolle erhöht werden, die Bulgarische Nationalbank den Kolchosen Kredite für den Ankauf von Sämereien, Düngemitteln und anderen Waren, die für die Ernte des nächsten Jahres notwendig sind, gewährt, daß die Staatliche Investierungsbank die Bauvorhaben der Landwirtschaft finanziert und nur die Kolchosen für ihre alten Verpflichtungen eine dreijährige Verlängerungsfrist erhalten.

Diese Aufzählungen von Erleichterungen in einem Zuge sind ein Beweis dafür, wie unerträglich die Zustände in den Kolchosen bis dahin gewesen sein müssen.

Im Grunde haben diese offiziell angekündigten Versprechungen aber das ganz bestimmte Ziel, die noch freien Bauern, die sog. Kulaken, in die Kolchosen hineinzuzwingen, da sie diese Erleichterungen nicht genießen. Hier sieht man, wie es mit dem «freiwilligen» Beitritt der bulgarischen Bauern in die Kolchosen bestellt ist. Daß die Kommunisten als letztes Ziel die Beseitigung jedes freien Bauerntums in Bulgarien haben, erhellt aus folgendem Satze der bereits zitierten Erklärung Tschewtschewskis: «Jetzt, Genossen, an die Arbeit! Die ganze Armee der Genossenschaftler Schulter an Schulter mit den *noch nicht* in die Kolchosen Eingetretenen muß noch energischer an die Arbeit gehen, damit wir die vom VI. Kongreß der Partei gestellte Aufgabe erfüllen.»

In eben diesem Bestreben, dem Bauern zu helfen, seinen Widerstand zu brechen, hält sich die am 31. Januar 1955 veröffentlichte Verordnung zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktionskraft. Diese Verordnung enthält hiefür eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen. Sie endet mit einem sehr charakteristischen Aufruf, der die schwere Lage und die Schwäche der kommunistischen Machthaber so recht ins Licht setzt: «Das Zentralkomitee der BKP ruft die ganze Partei, die Vaterlandsfront, die Volksräte, den brüderlichen bulgarischen Bauernverband, alle Werktätigen, alle Genossenschaftler und alle die, die es noch nicht sind, auf, daß alle bevorstehenden Aufgaben mit gemeinsamen Kräften gelöst werden.»

So mußten also nach zehnjähriger Regierungstätigkeit die kommunistischen Machthaber in Bulgarien zur Einsicht gelangen, daß sie nicht Herren der Lage im Lande sind, daß sie ohne den Bauern, der die Stütze des politischen und wirtschaftlichen Lebens ist, aber auch ohne die Parteilosen die schwere Lage des Landes nicht meistern können. Ein Ausdruck dieser recht verspäteten Erkenntnis ist der Artikel des Mitgliedes des Ständigen Büros des Nationalrates der Vaterländischen Front, Slawtscho Stoiloff, veröffentlicht im Organ des Präsidiums der Nationalversammlung, der Zeitung «Otschestwen Front» vom 1. 3. 1955. Hier heißt es: «Udenkbar ist es, daß das Land erfolgreich gedeihen könne, wenn die breiten Volksmassen — Kommunisten, Agrarier und Parteilose — nicht alle an dem Aufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. In der jetzigen Etappe unserer geschichtlichen Entwicklung ist das Heranziehen der Parteilosen in die Regierung eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Erfüllung aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unternehmungen.»

Das ist Bulgarien zwischen Moskaus «neuen» Kursen.